

Konjunkturelle und wirtschaftspolitische Perspektiven zur Jahresmitte

Referat von Ueli Forster, Präsident von economiesuisse, anlässlich der Generalversammlung des Schweizerischen Baumeisterverbands vom 25. Juni 2004 in Bern

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Ihre Einladung, zu Ihnen zu sprechen, habe ich aus mehreren Gründen ohne zu zögern angenommen: Einmal deshalb, weil Ihr Verband sich vor kaum einem Jahr in einer schwierigen Situation entschied, Mitglied von economiesuisse zu bleiben. Sie demonstrierten damit Solidarität zur Gesamtwirtschaft und unterstrichen gleichzeitig Ihr Einstehen für die Gesamtinteressen des Landes. Ihr Bekenntnis zu Rahmenbedingungen, welche das Brancheninteresse als Teil und nicht etwa als Gegensatz zum Gesamtinteresse wertet, hat mich beeindruckt. Ich danke Ihnen dafür und hoffe, Ihnen mit einer Tour d'horizon etwas davon zurückgeben zu können, was Sie economiesuisse mit Ihrer Treue gegeben haben.

Ihr Präsident hat mich gebeten, Ihnen unsere Einschätzung darüber zu vermitteln, wie es um die unmittelbare wirtschaftliche Zukunft unseres Landes steht, ob ein Aufschwung wirklich da ist oder noch kommt und ob und wie sich dieser für die Bauwirtschaft auswirken könnte. Nun gehe ich davon aus, dass Sie in Ihren Reihen diese Analyse laufend vornehmen, jeder für seinen eigenen Bereich, in welchem er tätig ist und dass deshalb generelle Analysen höchstens die Richtung angeben, in die es gehen könnte.

Wie die meisten mit dem Binnenmarkt verknüpften Branchen ist die Zukunft Ihrer Branche mit einem zentralen Begriff verbunden, nämlich dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum des Landes. Nicht dass die Baukonjunktur a priori mit dem wirtschaftlichen Wachstum im Gleichschritt verlief. Aber ohne Wachstum läuft mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in der Bauwirtschaft auf die Dauer nicht mehr als das, was zum Erhalt der Substanz nötig ist, selbst bei tiefen Zinsen. Und eine Besonderheit Ihrer Branche ist die starke Abhängigkeit von öffentlichen Auftraggebern, die rund ein Drittel Ihres Volumens ausmachen. Spart der Staat über Jahre, indem er mit den Investitionen vor den Konsumausgaben zurückhält, so werden Sie das als verantwortungsvolle Bürger begrüessen, nicht aber als

Unternehmer. Für diese ist das grösste Gift im Hinblick auf zukunftsweisende Entscheide seit jeher die Volatilität des Geschäfts, das Auf und Ab, das einmal genug oder gar zu viele Aufträge in den Büchern haben und wenige Monate später zu wenige. Es wird bei Ihnen ähnlich sein wie in meinem modischen Geschäft, wo immer die eine Frage im Vordergrund steht: Wie gleiche ich die Schwankungen im Auftragsvolumen aus, mit welcher Kapazitätsauslastung kann ich rechnen? Rechnet die Konkurrenz mit 100 Prozent Auslastung, ist sie im Vorteil und bietet günstiger an, ziehe ich mit und falle in ein Loch, ist mir jeder Zahltag, den ich zu berappen habe einer zu viel. Viele von Ihnen sind deshalb wie ich auch in meiner Unternehmung auf Grossobjekte aus, die mich eine zeitlang über Wasser halten, mich ruhig schlafen lassen und mache bei solchen lieber Konzessionen als bei Kleinaufträgen. Oder haben Sie es mit denjenigen von meinen Konkurrenten, welche gut leben, weil sie sich sagen: Kleinvieh gibt auch Mist?

Mit diesen Gedanken zur Einstimmung wollte ich Ihnen eigentlich nur vermitteln, dass uns Unternehmern die grossen Linien der Makroökonomie im täglichen Geschehen eigentlich Wurst sind, wenn es nur für uns stimmt. Oder anders gesagt, die Konjunkturauguren nerven uns oft eher, als dass sie uns beruhigen oder beunruhigen, weil es bei uns eben anders läuft als in der Grosswetterlage der Ökonomen. Kommt dazu, dass die Prognosen in der Vergangenheit oft falsch waren, meist zu optimistisch, zumindest in der ersten Jahreshälfte, respektive bis die öffentliche Hand ihre Budgets erstellt hat.....

Nun bin ich aber nicht hier, um zu polemisieren, sondern habe mich der gestellten Aufgabe zu unterziehen, nämlich Ihnen zu schildern, wie wir die Dinge beurteilen. Ich tue das in der Hoffnung, dass ich Ihnen damit nicht zu weltfremd erscheine.

Weltwirtschaftliches Umfeld

Ein Land wie die Schweiz, welches bekanntlich fast jeden zweiten Franken im Ausland verdient, ist enorm vom weltwirtschaftlichen Umfeld abhängig. Diese Abhängigkeit ist nicht nur eine Frage der Exporte, sondern auch eine Folge der sich während Jahrzehnten beschleunigender Investitionstätigkeit schweizerischer Unternehmungen im Ausland. Dies dürfte weltweit mittlerweile rund 400 Mia Fr. betragen (also etwa gleich viel wie das BIP oder drei mal mehr als die gesamten jährlichen Güterexporte) und wegen der Verflochtenheit der globalisierten

Unternehmen direkt oder indirekt auch den Gang und vor allem auch den Fortschritt der Wirtschaft in der Schweiz beeinflussen.

Das globale Umfeld präsentiert sich zur Jahresmitte in einer überraschend guten Verfassung. Der im vergangenen zweiten Halbjahr einsetzende Aufschwung ist regional relativ breit abgestützt. Die wichtigsten Konjunkturimpulse kommen dabei aus den USA und Asien. In Asien stellt bis heute insbesondere China eine Konjunkturlokomotive dar. Die Wachstumsraten sind enorm, ja gefährlich hoch, was die chinesische Regierung jüngst auch zu Gegenmassnahmen veranlasst hat. Aber auch in Japan ist die Wirtschaft nach einer mehr als zehn Jahre dauernden Durststrecke sichtlich in Schwung gekommen. In Lateinamerika sind klare Stabilisierungszeichen zu erkennen, und in den mittel- und osteuropäischen Ländern entwickelt sich die Konjunktur ebenfalls zügig. Lediglich der - für die Schweiz primär massgebende - Euroraum hinkt hinterher, was Tempo und Stärke des Aufschwungs anbelangt.

Trotz dieses augenblicklichen konjunkturellen Schwungs und der gegenwärtig erfreulichen Perspektiven für die Weltwirtschaft dürfen allerdings einige Risiken nicht aus den Augen verloren werden. Es sind dies zunächst die stark gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise, die zu einer Belastung der Weltwirtschaft werden könnten – auch wenn die Ölabhängigkeit der Industrieländer heute viel weniger stark ist als vor 30 Jahren. So wird heute - weltweit gesehen - rund 50% weniger Erdöl gebraucht, um eine BIP-Einheit zu erzeugen. Gleichwohl bleibt eine Verwundbarkeit für einzelne Länder und Wirtschaftssektoren mit wachstumsdämpfenden Effekten bestehen. Das zweite Risiko habe ich bereits angedeutet: China kann das gegenwärtige Expansionstempo nicht halten, ohne Ungleichgewichte zu erzeugen, welche zu Spannungen im Riesenreich führen können. Ein Abknicken der Dynamik in China hätte nicht nur nachteilige Konsequenzen für den ganzen asiatischen Raum, sondern auch für die schweizerische Exportwirtschaft. Schliesslich bleiben die Risiken "Terrorgefahr" und "amerikanisches Zwillingsdefizit" auf der Traktandenliste. Solange es jedoch zu keinen Schocks kommt und konjunkturbremsende Überreaktionen an den Finanzmärkten ausbleiben – am Drehen der Zinsschraube durch die Schweizerische Nationalbank im jetzigen Zeitpunkt habe ich persönlich keine Freude, weil ich Auswirkungen an der Wechselkursfront befürchte – wird die Weltkonjunktur aufwärts gerichtet bleiben.

Konjunkturperspektiven der Schweiz

Vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund hat auch die Konjunktur in der Schweiz erfreulicherweise in manchen Branchen wieder festeren Tritt gefasst. Mit einem realen Wachstum von 0,4% im ersten Quartal fiel dieses zwar nicht berauschend aus, es ist jedoch relativ breit abgestützt. Der Blick auf die einzelnen Komponenten zeigt, dass sich vor allem der Export als Konjunkturmotor erweist. Der private Konsum, der als wichtigste Nachfragekomponente rund 60% zum BIP beiträgt, expandiert bei anhaltender Verbesserung der Konsumentenstimmung ebenfalls recht kräftig. Noch zaghaft bleibt die Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen, die aber bei weiteren Exportimpulsen in nächster Zeit auch anziehen dürften. Nach schwierigen Jahren mehrten sich im vergangenen Jahr in der Bauwirtschaft erfreulicherweise die Anzeichen einer Belebung, wobei die positiven Impulse hauptsächlich von der Hochbautätigkeit – und hier wiederum vom Wohnungsbau – ausgingen, während von der Industrie oder den übrigen kommerziellen Bauherrn wenig Leben zu verspüren war. Im übrigen ist es so, dass die Bauwirtschaft der übrigen Wirtschaftsentwicklung immer etwas nachhinkt, weshalb bei anhaltender allgemeiner Verbesserung der Wirtschaftslage mit einer weiteren konjunkturellen Besserung gerechnet werden darf.

Als Fazit darf festgehalten werden, dass sich die Schweizer Wirtschaft auf einem Erholungspfad befindet. Wenn die Konjunktur auch im umliegenden Europa richtig in Schwung kommt, darf für 2004 und 2005 je mit realen Wachstumsraten von gegen 2% gerechnet werden, was, gemessen am Potenzialwachstum, eine relativ starke Performance wäre.

Es wäre nun aber völlig verfehlt, wegen dieses zuversichtlichen Ausblicks die Hände wirtschaftspolitisch in den Schoß zu legen. Denn die laufende Erholung vermag die strukturellen Probleme der schweizerischen Volkswirtschaft nicht zu verdecken. Die Wachstumsrate der USA von rund 4% im ersten Quartal 2004 zeigt, wie weit die Schweiz gegenüber führenden Ländern noch zurückliegt. Und die Tatsache, dass die schweizerische Konjunktur trotz guter Vorgaben seitens der Weltkonjunktur und einer expansiven Geldpolitik eher zögerlich in Schwung gekommen ist, ist auch ein Hinweis darauf, dass die allgemeine Wachstumsschwäche der schweizerischen Volkswirtschaft auch in Aufschwungsphasen durchschlägt.

Wirtschaftspolitische Problemfelder

Wenn die Schweiz wieder auf einen dauerhaften, soliden Wachstumspfad kommen will – und darauf ist sie mit Rücksicht auf die demographischen Herausforderungen, die stabile Finanzierung der Sozialwerke und das Bestehen im globalen Innovationswettbewerb dringend angewiesen –, so kommt sie um Reformen nicht umhin. Und hier tut sich ja die Politik zur Zeit schwer. Wir haben in der Schweiz einfach zu viele institutionalisierte Wachstumshemmer, die dafür verantwortlich sind, dass auch konjunkturelle Funken nicht schnell genug zu uns hinüberspringen, geschweige denn in der Lage, sind ein richtiges konjunkturelles Furioso zu entfachen. Um so wichtiger ist es, die vier zentralen Problemfelder, wo Handeln geboten ist, immer wieder zu erwähnen:

- So ungern manche unter Ihnen das hören mögen, so kann ich Ihnen die Feststellung nicht ersparen, dass vorab die Sanierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nötig ist. Denn nur so kann die öffentliche Hand wieder Bewegungsspielraum für zukunftsorientiertes staatliches Handeln erhalten. Dazu gehören der Schuldenabbau und eine innovationsorientierte Anpassung des Steuersystems. Eine finanzpolitische Trendwende ist dringend. Das in der Wintersession vom Parlament verabschiedete Entlastungsprogramm (EP03) bildet jedoch nur den ersten Schritt zur Sanierung der ausser Kontrolle geratenen Finanzen. Es müssen weitere Schritte – etwa mit dem Entlastungsprogramm 04 - folgen, droht doch sonst dem Bund bis 2007 ein Anstieg der Ausgaben von 50 auf 57 Milliarden Franken. Unter wachstumspolitischen Aspekten besteht Handlungsbedarf in zweifacher Hinsicht: zum einen im Bereich der Unternehmensbesteuerung (Abschaffung der Doppelbelastung von Gewinnen und Beseitigung anderer Nachteile, vor allem für die KMU) und zum andern – und das werden Sie wiederum gerne hören - im Umbau der Ausgabenstruktur von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben.

In diesem Zusammenhang erwarten Sie von mir sicher auch ein Wort zur Stellung der Bauwirtschaft in der allgemeinen Konjunkturpolitik. So sehr wir gegen staatlichen Konjunktur- und/oder Investitionsprogramme sind, so dezidiert sind wir für eine verlässliche Politik der öffentlichen Hand bei den materiellen und immateriellen Investitionen. Wenn die Bauinvestitionen in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich volatiler waren als die gesamtwirtschaftliche

Wertschöpfung, so hängt dies wohl nicht zuletzt mit der prozyklischen Vergabe von Bauvorhaben durch die öffentliche Hand zusammen. Hinzu kommt, dass diese für die Substanzerhaltung bei Hoch- und Tiefbauten tendenziell zu wenig ausgibt. Diese Politik ist weder unter spar- noch wachstumspolitischen Gesichtspunkten optimal. Deshalb ist es absolut notwendig, dass die öffentliche Hand zu einer Verstetigung bzw. einer Stabilisierung der Bauproduktion beiträgt, indem die beschlossenen Bauinvestitionen realisiert werden und der Unterhalt der Infrastruktur regelmässig erfolgt. Diese staatlichen Ausgaben eignen sich nicht als Instrument zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung.

- Prioritär ist sodann die Schaffung eines leistungsfähigen Bildungs- und Forschungssystems mit zeitgemässen Organisationsstrukturen. Dabei kommt der Umorientierung des schweizerischen Wissenschaftssystems in Richtung mehr Wettbewerb statt administrativ-planwirtschaftlicher Planung und Bürokratie zentrale Bedeutung zu. Es kann deshalb auch keine Tabus geben, wenn es darum geht, die Produktivität des schweizerischen Wissenschaftssystems zu verbessern. Bildung quasi zum Nulltarif, vor allem auf der Tertiärstufe, schafft nicht unbedingt die richtigen Anreize und ist zu Gunsten höherer Studiengebühren, gekoppelt mit einem Darlehenssystem, zu korrigieren.
- Zuoberst auf die Traktandenliste gehört ferner die Konsolidierung der Sozialwerke. Mit einer Soziallastquote von über 25%, verstanden als Verhältnis der Sozialversicherungsaufwendungen zum Bruttosozialprodukt in Prozenten, befindet sich die Schweiz in der Spitzengruppe der Industrieländer. Mit Blick auf die demographisch bedingten Probleme der AHV sowie die Milliardenlöcher in der IV-Kasse und in den Bilanzen öffentlicher Pensionskassen führt – auch nach der leider negativ ausgegangenen Abstimmung über die 11. AHV-Revision – kein Weg an der Sanierung der Sozialwerke vorbei. Die Sozialpolitik darf nicht zu einer Wachstumsbremse werden, was zwingend erfordert, dass sie mit den langfristigen Wachstumsmöglichkeiten in Übereinstimmung gebracht wird. Aber auch andere Bedingungen sind zu erfüllen, damit die marktwirtschaftliche Ordnung durch die Sozialpolitik nicht gestört wird: So sind vor allem die zahlreichen falschen ökonomischen Anreize zum Missbrauch in den Sozialwerken, so in der Kranken-, der Arbeitslosen- und der IV-Versicherung zu eliminieren.

- Schliesslich verträgt auch die Schaffung offener Märkte, insbesondere bei den öffentlichen Monopolbetrieben (Post, Bahn, Energie), keinen Aufschub, wenn die hohen Preisunterschiede zum EU-Durchschnitt abgebaut werden sollen. Die Wettbewerbsbehinderungen im staatlichen und binnenwirtschaftlichen Bereich müssen deshalb beseitigt werden, was ein entsprechendes Wettbewerbsrecht verlangt. Mit der Revision des Kartellgesetzes ist die Hausaufgabe bereits gemacht worden, beim Binnenmarktgesetz, und erst recht beim öffentlichen Beschaffungsrecht, steht sie noch bevor.

Im Zusammenhang mit der auch von uns erhobenen Forderung nach mehr Wettbewerb verstehe ich alle Unternehmer, welche unter zuviel Wettbewerb stöhnen und dem Ruf der Ökonomen und Politiker nach noch mehr nicht hören können. Der als zu hart empfundene Wettbewerb hat seinen Ursprung in der Zunahme der Produktivität und in der als Folge häufig geschaffenen Überkapazität sowie in der sich laufend verändernden Nachfrage. Trotzdem ist der Ruf nach mehr Wettbewerb gerade in standortgebundenen Wirtschaftszweigen, wie es die Bauwirtschaft auch einer ist, volkswirtschaftlich gesehen gerechtfertigt. Eine der Kernbedingungen einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Durchsetzung wirksamen Wettbewerbs auf offenen Märkten und die Verweigerung von Sonderrechten an bestimmte Gruppen.

Was in diesem Zusammenhang vor allem von der Binnenwirtschaft, aber auch von Teilen der Verwaltung immer noch zu wenig beachtet wird, sind die Auswirkungen der Globalisierung auf den Wettbewerb der Systeme. Die Anpassungsgeschwindigkeit der staatlichen Institutionen ist damit zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor geworden. Das muss der Politik auf allen Ebenen im Interesse der Reformfähigkeit immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

Fazit

Nach dem 16. Mai wissen wir, dass es Reformen in Form von Gesamtpaketen schwierig haben. Gleichwohl gehe ich nicht so weit und sehe im negativen Ausgang über das Steuerpaket ein absolutes Nein zu Paketlösungen oder gar ein Bekenntnis der Schweizerinnen und Schweizer zum Stillstand. Bedeutende Reformen waren und

sind in der direkten Demokratie immer schwierig. Das ist keine neue Erkenntnis. Für viele neue Errungenschaften brauchte es einen oder zwei Anläufe. Und Föderalismus wie auch Konkordanz haben nun einmal – ökonomisch gesprochen – ihre Opportunitätskosten. Eher bedenklich ist dagegen, dass Kompromisse heute häufiger lächerlich gemacht und als Schwäche ausgelegt werden. Paketlösungen sind aber letztlich immer Kompromisse, ohne die es in diesem Land wahrscheinlich nie gehen wird. Wer früher mit einer Vorlage zu 80% einverstanden gewesen war, sagte im Interesse des Ganzen Ja. Mit anderen Worten: Wer heute in Haar in der Suppe findet, sagt aus Prinzip, oder mit Rücksicht auf seine individuellen Interessen Nein. Diese Geisteshaltung – zusammen mit der von den Medien geschürten Polarisierung – macht gestaltende Politik in diesem Land ohne Zweifel schwieriger. Politik war und ist die Kunst des Findens von Mehrheiten, und das auf allen Ebenen: Im Bundesrat, im Parlament und in der Bevölkerung. Die ersten beiden haben zwar die Reaktionen der anderen und vor allem die Bevölkerung ins Kalkül einzubeziehen. Wo blockiert wird, ist kein Fortschritt mehr möglich. Leidtragend ist letztlich unser Land und damit wir alle, weil wir nicht einfach nur stehen bleiben. Denn es ist bekannt, dass wir schleichend immer mehr an internationaler Konkurrenzfähigkeit verlieren.

Ich appelliere deshalb an alle verantwortlichen Kräfte, mitzuhelfen, damit die erwähnten unerlässlichen Reformen zum Wohle unseres Landes angepackt werden können. Weder dürfen wir resignieren, noch können wir die vermeintliche Uneinsichtigkeit und Reformunwilligkeit des Souveräns einfach der direkten Demokratie in die Schuhe schieben, wie es einige Ökonomen tun. Politik in der direkten Demokratie ist und bleibt das Bohren dicker Bretter mit dünnen Bohrern. Wir können den Stillstand nur überwinden, wenn es uns gelingt, die Einsicht zu vermitteln, dass die Mehrheit der Bevölkerung zur Wahrung ihrer langfristigen Interessen Entscheide treffen und akzeptieren muss, die kurzfristig negativ oder sogar schmerzhaft sein mögen. Das erfordert eine Koalition all derjenigen Kräfte, denen das Wohl dieses Landes am Herzen liegt.